

Mietdauerbegrenzung

in den Studentenwerk—Wohnheimen ?!

I 1

Die in die Diskussion gebrachte Mietdauerverkürzung in den Wohnheimen des Studentenwerks stellt die Studentenschaft und ihre Vertreter im Studentenwerksvorstand vor die Frage, wie sie sich gegenüber einer solchen, bevorstehenden Maßnahme verhalten sollen.

Wir wollen daher in zwei Flugblättern als Diskussionsgrundlage Information zur Funktion von staatlicher Sozialpolitik (im Ausbildungsbereich) und zur konkreten Wohnungssituation geben und mit Hilfe einer Umfrage die Möglichkeiten studentischer Sozialpolitik besser einschätzen, speziell auch in der Frage der Mietdauerverkürzung.

WIE FUNKTIONIERT DIE SOZIALPOLITIK?

Die Lage im Ausbildungsbereich Hochschule sieht etwa so aus: Auf der einen Seite tiefgreifende Mängel wie Wohnungsnot, unzureichender Lebensunterhalt, Erschwerung sozialer Kontakte durch äußeren Leistungsdruck und materielle Unterprivilegiertheit.

Diese Mängel sind Ausdruck eines wenig kontrollierten, individuellen Gewinn- und Besitzstrebens, eines menschlichen Verhaltens, das in einer Gesellschaft nicht allein dadurch legitimiert sein kann, daß es nun mal natürlich und menschlich ist. Trotzdem findet dieses Gewinnstreben seinen systematischen Niederschlag in der Idee "Soziale Marktwirtschaft".

Dazu kommt, daß die Vertreter und Profiteure dieser Marktwirtschaft in Staatsapparat, Verwaltungen und Interessengruppen nur soweit diese systembedingten Mängel abbauen, als ihre Machtpositionen dadurch bedroht sind; mag es sich

dabei um den Bund der Steuerzahler, Hochschulpräsidenten, CDU-Ortsvereine oder Länderministerpräsidenten handeln, um nur einige banale Beispiele zu nennen (Siehe Kritik an Studentenwerken, Verhalten Böhmens zur Wohnungsproblematik, Wohnheimsofortprogramm u.ä.).

Auf der anderen Seite scheint bei der Studentenschaft dieser Hochschule z.B. noch weitgehende Illusion darüber zu herrschen, inwieweit man in Anbetracht zu erwartender Privilegien nach dem Studium jetzt auf soziale Forderungen verzichten kann oder muß, oder welchen Effekt Forderungen im Sozialbereich haben können, und wie von den Studenten sinnvoll dabei vorgegangen werden kann.

Um diese Illusionen oder Unklarheiten zu beseitigen und um unsere Möglichkeiten der Politik im Ausbildungs-Sozialbereich realistisch zu bestimmen, ist es notwendig, daß die Funktion der modernen Sozialpolitik von möglichst vielen Betroffenen, in diesem Fall also von uns, verstanden wird.

Wer noch glaubt, staatliche Sozialpolitik entspringe einer menschenfreundlichen solidarischen Haltung, der man mit respektvoller Dankbarkeit huldigen müsse, oder daß man diesen Anspruch hoffnungsvoll an die derzeitige Art von Volksvertretung stellen könne, der sollte mindestens folgende Grundtatsache zur Kenntnis nehmen:

Die staatliche Sozialpolitik ist keine Direktstrategie zur Erreichung verbesserter Lebensbedingungen, sondern dient der Absicherung der 'freien' Marktwirtschaft.

Der Wert dieser freien Marktwirtschaft setzt also den Wert der als so segensreich glänzenden Sozialpolitik ins rechte Licht. Doch können wir hier leider die Kritik an diesem Wirtschaftssystem dem auch von seinen Verfechtern zuweilen seine marxistische Bezeichnung 'Kapitalismus' zugestanden wird, nicht in voller Breite aufnehmen.

Für gewöhnlich wird dem Kapitalismus zugute gehalten: Ökonomischer Erfolg, hohe gesamtwirtschaftliche Effizienz, höchstmöglicher individueller Freiheitspielraum im Wirtschaftsleben (so im Jahreswirtschaftsbericht 1971) und auch: "Der Kapitalismus nimmt den Menschen, wie er ist" (Ein Unternehmensberater in der WELT-Sonderausgabe 'Vorn sein' Jan72).

Nur daß Kriterien wie diese über die Lebensqualität in einem Wirtschaftssystem nichts aussagen. Sicher ist nur, daß dieser wirt-

gegen Kinderarbeit begann und mit Bismarcks Sozialgesetzgebung erstmals systematisiert wurde, war zunächst ganz auf die Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft und auf Vorbeugung gegen die ersten sozialistischen Aktivitäten ausgerichtet. Es war eine soziale Sicherung, die nur einen begrenzten Personenkreis umfaßte und erst nach Eintritt von Schäden oder der sozialen 'Härte' wirksam wurde.

Bisher hat diese Art von Sozialpolitik die schlechten Lebensverhältnisse nicht verbessert, sondern nur todsicher gemacht. Die Anforderungen der Arbeit wurden nicht verringert, sondern verändert, das Krankheitsbild der Bevölkerung hat sich nicht gemildert, sondern gewandelt.

Aber auch die Ansprüche an soziale Leistung und soziale Organisation haben sich ebenfalls gewandelt und verstärkt, nicht aus sozialem Größenwahn der Gewerk-



schaftliche Erfolg in der BRD einer Minderheit auf Kosten einer Mehrheit zugutekommt.

"...daß ich mich hier ohne Zögern zur marktwirtschaftlichen Ordnung bekenne und ergänzend deutlich machen möchte, daß das Maklergewerbe selbstverständlich seinen Platz innerhalb dieser Ordnung hat und behalten wird." Diese Äußerung Wohnungsbauministers Lauritzen vorm Deutschen Maklertag weist auf die Beziehung Sozialpolitik - Marktwirtschaft hin.

Um den Folgen der Ausbeutung in diesem System die schärfsten Spitzen zu nehmen und um somit die Ausbeutung dem Blick von politisch unbedarften, aber irgendwie unzufriedenen Bürgern zu entziehen, dafür wird Sozialpolitik eingesetzt.

Die staatliche Sozialpolitik befindet sich zur Zeit in einem bewußten Wandel. Was mit Gesetzen

schaften z.B., sondern weil die im System verwurzelten Mißstände es provozieren. Diese verstärkten sozialen Ansprüche stellen, wenn sich daraus eine konsequente politische Strategie entwickelt, dann allerdings eine Bedrohung der 'freien' Marktwirtschaft dar.

Doch die derzeitige Unsicherheit der Unternehmer, die in aller Munde ist, entspringt nicht allein den wachsenden Aktivitäten linksradikaler Gruppen (diese Bezeichnung sollte nur positiv verstanden werden), sondern sie ist durch ihren ureigensten Erfahrungsbereich begründet. Denn trotz zugegebener harter Managerarbeit, vor dem Direktorfenster ewig eine Scheißumwelt und beim Gang durch den Betrieb die bleichen Gesichter der 'Wohlstands'arbeitnehmer zu sehen, muß letztlich auch diese irgendwann ankotzen.

Aus diesen Gründen soll die moderne Sozialpolitik, so geben es jedenfalls ihre staatlichen Vertreter vor, nicht mehr allein Ableitung von Wirtschaftspolitik sein, sondern auch soziale Ziele setzen für die Wirtschaft, die Wirtschafts- und Finanzpolitik. Es langt heute nicht mehr, die kapitalistische Wirtschaftspolitik einfach als sozial hinzustellen, weil sie sich selbst bei scharfem Hinsehen widerlegt.

Um das System auch durch qualitative Sozialplanung abzusichern, versucht die derzeitige Regierung nach den Worten des SozialBuMi-Staatssekretärs Rohde ein System von sozialen Indikatoren zu entwickeln, mit dem die Meinung der Bevölkerung in Bezug auf

- ihre Stellung in der Arbeitswelt,
- ihr gesundheitliches Wohlbefinden,
- ihre konkrete familiäre Lage und
- die Wirksamkeit sozialer Leistungen abzuhören, um beim ersten Unwohlsein beschwichtigend eingreifen zu können.

"Um den Bestand der marktwirtschaftlichen Ordnung auf Dauer zu sichern, muß sie ständig im sozialen wie im liberalen Geiste erneuert werden. Dies ist eine permanente Aufgabe nicht nur für Regierung und Parlament, sondern für alle, die im wirtschaftlichen Leben Verantwortung tragen." (Lauritzen vorm Maklertag 71).

Unter der Voraussetzung, daß liberale (=kapitalistische) Erneuerung erst wieder soziale Erneuerung nötig macht, stellt sich die Marktwirtschaftliche Ordnung als ein sozial - liberales Gewürge ohne Ende dar, denn die soziale Erneuerung muß wieder abgesichert sein durch Stützung der Konjunktur.

Die Vision eines Wohlfahrtsstaates mit ständig wachsendem öffentlichen Haushalt, insbesondere ständig wachsendem Sozialbudget gegenüber schwindendem privaten Haushaltssektor -- also der fließende Übergang zu einem 'Humanen Sozialismus' -- im System der sozialen Marktwirtschaft ist quatsch, weil diese Wirtschaft aufgrund ihrer Wettbewerbs- und Kapitalverwertungsgesetzmäßigkeiten einen öffentlichen Sozialhaushalt nur bis zu einer bestimmten Höhe verkraften kann.

Wenn aber jetzt aus Kreisen der CDU-Kapitalistenfraktion der Ruf nach Mäßigung im Lebensstandard immer lauter wird, heißt das auf der anderen Seite, die Arbeitnehmer sollen sich in ihre gottgewollte Misere fügen und die Marktwirtschaft hochleben lassen, so asozial sie sich auch entwickeln möge.

Von uns aus, das heißt den Studenten und damit im Ausbildungsbereich Betroffenen, soziale Reformen durch Aktivität und zeitlichen Einsatz zu unterstützen, kann nur



man kann einen menschen mit der axt genauso erschlagen wie zb mit der wohnung.

unter bestimmten Bedingungen sinnvoll sein. Dabei wäre zu fragen: Unterscheidet sich etwa die staatliche Sozialpolitik im Ausbildungsbereich von der allgemeinen dergestalt, daß wir befriedigende Zustände in diesem Teilbereich wesentlich besser herbeiführen könnten? Wohl kaum. Wünschenswert wäre es schon garnicht, daß gerade an der Hochschule die Leute, die später aktiv Funktionen zur Stabilisierung dieses sozialen Betrugsystems ausüben, als einzige wesentlich aus der Betroffenheit herausgenommen würden.

Wenn wir die Sozialpolitik definieren als Aktivitäten des Staates zur langfristigen Sicherung der materiellen Reproduktion der Ware Arbeitskraft, und zwar bei konstantem Qualifikationsniveau,

so stellt die Bildungspolitik im Unterschied dazu die Reproduktion diese Qualifikationsniveaus bzw. der Steigerung dieses Qualifikationsniveaus dar. Erst mit wachsender Nachfrage nach höher qualifizierten Arbeitskräften wächst die Bedeutung der Sozialpolitik im Ausbildungsbereich, nicht durch die vorhandenen Studentenzahlen.

Ein kurzer Blick auf die Entwicklung der Sozialpolitik im Ausbildungsbereich zeigt, daß erst vor ein paar Jahren die Wende von der reinen Selbsthilfe der Betroffenen zur staatlichen Sozialplanung eintrat. Die gesetzliche Aufgabenzuweisung und Festlegung der Finanzierung für die deutschen Studentenwerke und die staatliche Förderung nach Honeffer Modell zeigen dies.

Nachdem die Studentenzahlen und der Anteil finanzschwacher Schichten an den Unis immens gestiegen ist, weil die langfristige Bedarfssteigerung höherqualifizierter Arbeitskräfte sichtbar wurde, und deshalb der Ausbau der Studienplätze entsprechend dem Bedarf forciert wurde, ist der Wohnungsmarkt für den Ausbildungsbereich völlig zusammengebrochen.

Frühere Ausgleichsmaßnahmen des Wohnheimbaus waren auf Integration einer Handvoll 'newcomers' gemünzt, denen man durch akademische Solidarität soziale 'Vorurteile' nehmen und akademische Hochnäsigkeit verleihen wollte (entsprechend dem Düsseldorfer Wohnheimplan der CDU). Damit ist jetzt auch Schluß.

Die Tendenzen der staatlichen Sozialpolitik im Ausbildungsbereich. abgeleitet von den Anforderungen kapitalistischer Bildungsplanung, laufen auf eine in engen Grenzen dynamisierte finanzielle (=indirekte) Ausbildungsförderung hinaus, mit der der Lebensunterhalt der Auszubildenden haarscharf gedeckt werden soll; während direkte soziale Einrichtungen wie Kantinen, Kindertagesstätten und Wohnräume nicht mehr gesondert für die Auszubildenden geschaffen, sondern ganz allgemein bereitgestellt werden sollen.

Soweit dies eine Liquidation der Studentenwerksorganisation bedeutet, muß das nicht heißen, daß unsere politischen Möglichkeiten sich verschlechtern. Der einfach mitbestimmende Einfluß auf die Wohnraumkonzeption fällt dann allerdings unter den Tisch, falls der Wohnungsbau nur privaten Trägern, auch als sozialer Wohnungsbau, übertragen würde.

Woe die Funktion der Sozialpolitik in der sozialen Marktwirtschaft aussieht, das demonstriert in einzigartiger Offenheit das hessische Sofortprogramm für den Wohnheimbau. Devise: Für den "nun mal nicht größeren" Haushaltsteil soviel Bettplätze als irgend möglich. Ergebnis: Maststallartiger Schlichtwohnungsbau. Denn: Die Studenten sollen sich darin ja nicht wohlfühlen, da das Studium ein Arbeitsaufenthalt und kein 'high life' (so dargestellt von Herrn Martin aus dem Hess. FiMi) ist. Erwiesen ist, daß Leute aus den SPD-Ministerien sowie auch CDU-Stadtrat Reißer und THD-Präs. Böhme diese Primitiv-Argumentation stützen und damit ihre asoziale, weil an der freien Marktwirtschaft orientierte Einstellung belegt haben.

Fassen wir also zusammen: Im den Zeiten, in denen sich der akute Nachholbedarf an sozialen Einrichtungen längst abzeichnete, trat eine Sozialpolitik im Ausbildungsbereich überhaupt nicht in Aktion. Nun, da die Notlage auch für die Hüter der Marktwirtschaft prekär wird, weil der hochheilige Eigentumsbegriff ins Wanken gerät, (Hausbesetzungen usw.), erfindet man soziale Notprogramme, denn: die öffentliche Armut
die öffentliche A...
die ö...



Mietdauerbegrenzung

INFO **2**

1

Um die gesamte Studentenschaft an der TH in die Lage zu versetzen, zum Problem "Mietdauerbegrenzung in den Studentenwohnheimen des Studentenwerks" Stellung nehmen zu lassen, halten wir es für notwendig, außer der Information über die Funktion von Sozialpolitik im Kapitalismus (siehe Flugblatt "Mietdauerbegrenzung..." vom Montag, dem 15.5.72), eine Einschätzung der Wohnungslage der Studenten abzugeben, sowie das Für und Wider einer Mietdauerbegrenzung und deren Folgen darzustellen.

Vorweg kurz die historische Entwicklung des Wohnungsproblems der Studenten.

Mit dem Entstehen der Bildungspolitik in der zweiten Hälfte der Sechziger Jahre, also der Notwendigkeit den Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften für die privatwirtschaftlich organisierte Produktion, bei begrenzten finanziellen Mitteln der öffentlichen Hand, staatlich zu planen und zu lenken, setzte der einseitige Ausbau der Kapazität der Hochschulen ein und wird bis heute forciert. Dies beweist das Regierungsprogramm der Hessischen Landesregierung, dargestellt in "Hessen '80". Hiernach ist der Ausbau der Hochschule des Landes Hessen voll eingehalten, während der angestrebte Bau von Wohnungen bei weitem nicht erreicht wurde.

Natürlich ist eine Stadt von der Größe Darmstadts in der Lage, eine rasch steigende Zahl von Studenten, für deren Unterkunft nicht gesorgt wird, bis zu einer bestimmten Grenze aufzufangen. Aber irgendwann ist Schluß.

Während es vor nicht allzu langer Zeit für Studenten noch möglich war, in Darmstadt selbst ein Zimmer

zu finden, müssen heute schon rund 40% mit dem Auto oder öffentlichen Verkehrsmitteln aus der näheren und weiteren Umgebung zur Hochschule einpändeln. Was natürlich mit erheblichen finanziellen sowie psychischen Mehrbelastung verbunden ist.

Im Wintersemester 71/72 trat das studentische Wohnproblem dann offen an den Tag; und dies nicht nur in Darmstadt. Der "soziale numerus clausus" war perfekt. Studenten, die einen Studienplatz bekommen hatten, konnten ihr Studium nicht aufnehmen, weil sie kein Zimmer fanden, bzw. nicht in der Lage waren DM 200,-- für Miete auszugeben. Die Studentenschaft war gezwungen, sich dem Problem zu stellen.

Was dann auch geschah. Es bildete sich die "Initiativgruppe Wohnen", die zwei städtische Häuser besetzte. Dabei stieß man auf drei entscheidende Probleme.

1. Es war nur schwer möglich, Erstsemester zu bewegen, ihre Wohnungsprobleme aktiv anzugehen. Für sie ist in ihrer neuen Umgebung ihr Studium das Vordringlichste. Alles andere wird zu seinen Gunsten, wobei man allerdings kaum von Gunsten reden kann, verdrängt und hingenommen.
2. Es konnte nur ansatzweise eine breite Solidarität in der Studentenschaft hergestellt werden.
3. Ebenso konnte nur eine verbale Solidarität in der Bevölkerung hergestellt werden.

So wurde es möglich, daß eines der besetzten Häuser durch massiven Polizeieinsatz geräumt werden konnte. Die studentischen Bewohner zogen in ein leerstehendes Institutsgebäude in der Schloßgartenstraße ein. Es wurde, und ist es noch, ein Über-

2

gangsquartier für Studenten, welches es ermöglichte zu studieren und gleichzeitig sich mit Hilfe des Studentenwerks, das sich auf unkonventionelle Weise für die Beschaffung von Wohnraum einsetzte, und setzt (als Hauptmieter Anmietung von Wohnungen und Häusern, um sie dann an Studenten weiterzuvermieten). Dadurch ist es möglich, das Institutsgebäude bis zum 1.8.72 wieder ohne Behinderung dem Lehrbetrieb zuzuführen. Es sei denn, Präsident Böhme läßt sich erneut durch das Drängen reaktionärer Professoren dazu hinreißen, einen neuen Räumungsversuch zu unternehmen. Nun ja, wir werden sehen. Mancher packts eben nie!

Das nächste Wintersemester mit 2.000 Neuimmatrikulationen kommt bestimmt!

Vom Geschäftsführer des Studentenwerks, Herrn Werkmann, wird angesichts dieser Situation eine Mietdauerbegrenzung in den Wohnheimen des Studentenwerks vorgeschlagen. Nicht um damit die Wohnungssituation der Studenten zu verbessern, das ist mit solchen Mitteln nicht möglich, sondern um eine größere Gerechtigkeit in Bezug auf die Benutzung der Wohnheime für die gesamte Studentenschaft herzustellen.

Seine Argumente sind:

● Jetziges Verfahren: Unbegrenzte Wohndauer, Anmeldung über Wartelisten. Wohndauer in der Riedeselstraße

Länger als 2 Jahre	71%
Länger als 3 Jahre	63%
Länger als 4 Jahre	37%

Studentendorf

Länger als 2 Jahre	81%
Länger als 3 Jahre	54%
Länger als 4 Jahre	32%

Nieder-Ramstädter-Straße

Länger als 2 Jahre	61%
Länger als 3 Jahre	46%
Länger als 4 Jahre	28%

Alexanderstraße

Länger als 2 Jahre	72%
Länger als 3 Jahre	54%
Länger als 4 Jahre	33%

● Kritik am jetzigen Verfahren:

- Die durchschnittliche Wartezeit für einen Wohnheimplatz ist in den letzten Jahren von 2-3 Jahren auf 3-4 Jahre gestiegen. Mit weiter steigenden Studentenzahlen bei auf absehbarer Zeit gleichbleibendem Zimmerangebot wird die Wartezeit weiter steigen. Das führt dazu, daß ein Teil der Studenten nicht mehr die Möglichkeit haben wird, in einem Wohnheim zu wohnen. Der Studentenwerksbeitrag wird aber zu einem Teil zur Deckung von Wohnheimdefiziten verwendet. Die Masse der Studenten subventioniert also einen Teil der Studenten. Diese Tatsache kann dem Studentenwerk nicht gleichgültig sein. Die Subventionen betragen zur Zeit: Riedeselstraße DM 48,--/Bett/Monat. Dieburger Straße DM 59,--/Bett/Monat. Nieder-Ramstädter-Straße DM 24,--/Bett/Monat. Studentendorf DM 36,--/Bett/Monat. Heinrichstraße DM 29,--/Bett/Monat.
 - Mit dem weiteren Ansteigen der Studentenzahlen und den dadurch bedingten längeren Wartezeiten, hat nicht jeder Student mehr die Möglichkeit, in ein Wohnheim aufgenommen zu werden. Unter diesem Aspekt erscheint der Charakter des Studentenwerksbeitrages fragwürdig.
 - Wegen der langen Wartezeiten wird ein Student in einem Wohnheim erst aufgenommen, wenn er längst sein Vordiplom abgeschlossen hat. Anfangs - bzw. Erstsemester haben überhaupt keine Chance, in ein Wohnheim aufgenommen zu werden. Gerade aber Erstsemester haben mit großen Schwierigkeiten (Studien-schwierigkeiten, Wohnungsschwierigkeiten, fremde Umgebung) zu kämpfen.
 - Die jetzige Einzugsregelung erlaubt nicht eine Integration der Fachhochschüler in das Studentenwerk ohne eine Sonderregelung (Studiendauer der Fachhochschüler 6-8 Semester, Wartezeiten z.Zt. ebenfalls 6-8 Semester).
- Hierzu müssen alle Studenten und besonders ihre Vertreter im Vor-

stand des Studentenwerks Stellung nehmen.

Berücksichtigt man die Wohnungssituation der Studenten, so kann die Stellungnahme nur folgendermaßen aussehen:

Es darf nicht der Fall eintreten, daß eine soziale Misere innerhalb einer betroffenen Gruppe, in diesem Falle Studenten, ausgefochten wird; Nach der Devise: Jeder gegen jeden, wer der Stärkere ist gewinnt. Sondern es muß die Lösung gefunden werden, die es ermöglicht, solidarisch die Misere nach außen zu tragen, gegen die, die sie verursachen.

Was heißt das, was ist zu bedenken?

Zwei Fragen tauchen auf:

1. Die Situation, so wie wir sie jetzt vorfinden (wer Glück hat, kommt in den Genuß eines Wohnheimplatzes, der Rest schlägt sich auf dem privaten Wohnungsmarkt herum), die beste, um das Wohnproblem kollektiv anzugehen.
2. Ist die Situation besser, wenn eine Mietdauerbegrenzung in den Wohnheimen eingeführt wird?

Die jetzige Situation läßt sich folgendermaßen charakterisieren: Nach anfänglichen Konfrontationen während der ersten Studiensemester mit dem Problem des Wohnens (aber auch das ist historisch gesehen, früher gab es noch Zimmer), findet ein Teil der Studenten einen Platz in einem Wohnheim und ist damit bis zum Ende seines Studiums frei von Wohnproblemen.

Der Rest der Studenten hat sich ewig mit Wohnproblemen herumzuschlagen, und das in immer stärkerem Maße. Sei es mit Vermieterwillkür oder zu hohen Mieten.

Die Konsequenz daraus ist: Das Wohnproblem bleibt, so wie es bisher immer war, ein individuelles Problem, das zugunsten des Studiums verdrängt werden muß.

Eine Emanzipation findet entweder gar nicht statt, oder nur ansatzweise in den Wohnheimen, oder nur

zufällig in ein paar Wohngemeinschaften.

Hypothetisch läßt sich zur Situation bei Einführung einer Mietzeitbegrenzung folgendes sagen:

Eine Betroffenheit von Wohnproblemen wird über die gesamte Betroffenengruppe gelegt.

Entweder entsteht dadurch keine Solidarität, und jeder einzelne wird auf sich zurückgeworfen und steht hilflos dem Wohnproblem gegenüber, oder aber es entsteht eine Solidarität, und Aktivitäten der Wohnheimbewohner lassen sich mit Aktivitäten der Masse der Studenten verbinden zu einem kollektiven Kampf gegen die Wohnungsmisere.

Das wird aber sicher nicht gelingen, wenn man nur eine kollektive Betroffenheit herstellt, indem man eine Mietdauerbegrenzung einführt, ohne danach zu fragen, welche Umstände aktives Handeln überhaupt ermöglichen; Umstände im persönlichen Bereich, sowie Umstände im kollektiven Zusammenhang.

- Wer seinen Gegner erkennt, kann sich im Kampf gegen ihn stärken -

Eine Einschätzung der Umstände erhält man allerdings nur, wenn man versucht die Gemeinsamkeiten aufzuzeigen und herauszufinden.

Dazu dienen die Flugblätter zur "Mietdauerbegrenzung" und der Fragebogen, der von uns zu diesem Problembereich ausgearbeitet wurde. Nur so kann es möglich werden, eine Lösung zu finden, die der Forderung nach solidarischem Handeln gerecht wird.

Deshalb:

FÜLLT DEN FRAGEBOGEN AUS, UND GEBT IHN AM MITT-

WOCH, DEM 17.5.72

BZW. FÜR DIE FB 11 u. 16 AM MONTAG, DEM 29.5.72 ZUSAMMEN MIT EURER STIMME ZU DEN STU.PA.-WAHLEN AB.

WER NICHT WÄHLT, FINDET AUF DEM FRAGEBOGEN EINEN HINWEIS.

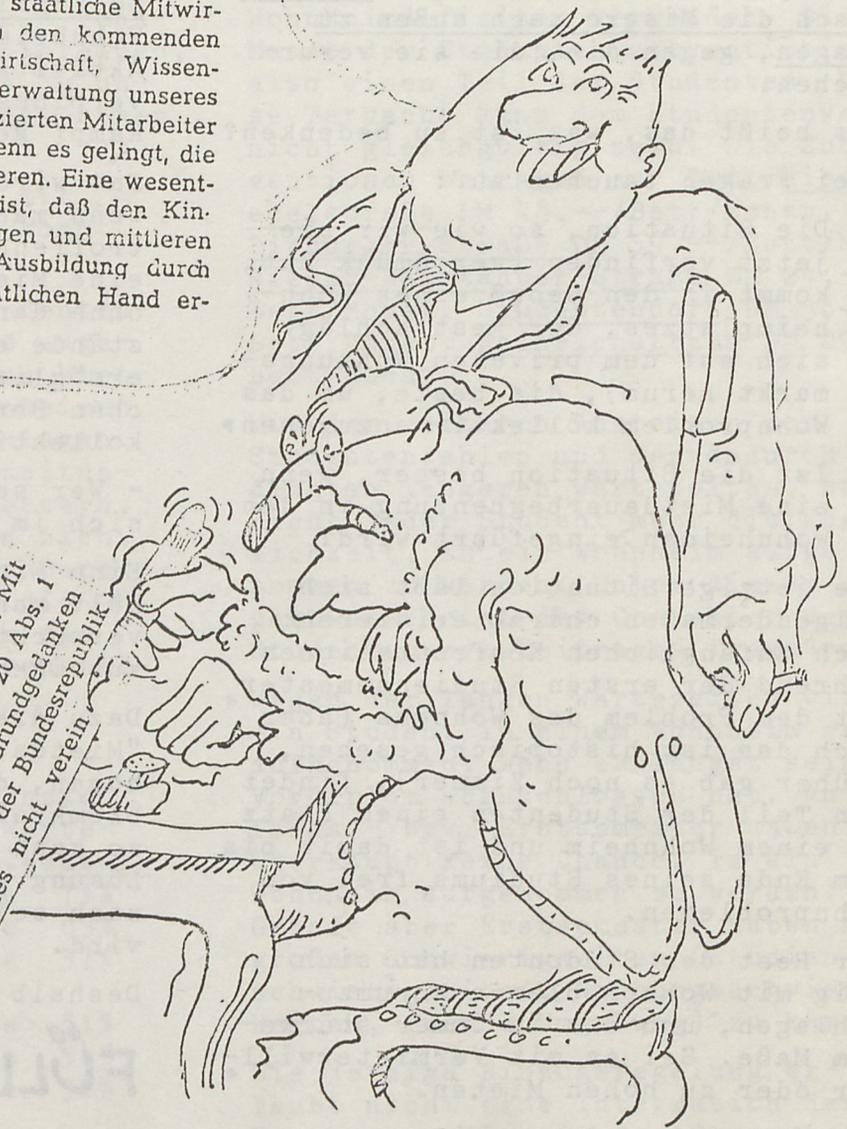
1

Weiter fordert auch das Interesse der Allgemeinheit an der Heranbildung eines qualifizierten, den Anforderungen unserer Industriegesellschaft auch zahlenmäßig genügenden Nachwuchses eine erweiterte staatliche Mitwirkung an der Ausbildung. In den kommenden Jahrzehnten werden in Wirtschaft, Wissenschaft, Bildungswesen und Verwaltung unseres Landes die benötigten qualifizierten Mitarbeiter nur zur Verfügung stehen, wenn es gelingt, die „Bildungsreserven“ zu aktivieren. Eine wesentliche Voraussetzung hierfür ist, daß den Kindern aus Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen eine intensive Ausbildung durch individuelle Hilfen der öffentlichen Hand ermöglicht wird.

2

Bisher blieb einer großen Zahl ausbildungswilliger und fähiger junger Menschen, deren Eltern nicht in der Lage waren, die hohen Ausbildungskosten während der oft vieljährigen Auszubildendenzeit zu tragen, eine gründliche Ausbildung versagt, und dieser Zustand würde, wenn der Staat sich nicht zunehmend dieser Aufgabe annimmt, andauern. Mit dem Sozialstaatsprinzip des Artikels 20 Abs. 1 des Grundgesetzes, einem der Grundgedanken der staatlichen Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland, wäre dies nicht vereinbar.

1,2: zitiert aus der Begründung zum Gesetzentwurf (BAföG)



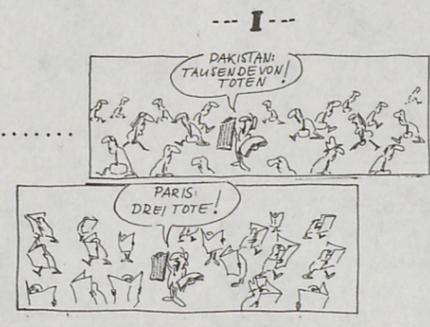
Fragebogen

ZUR mietdauer-begrenzung

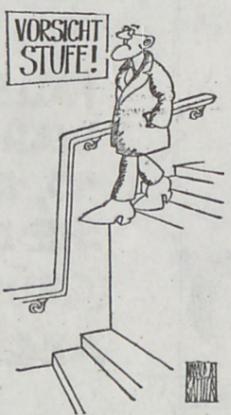
DER FRAGEBOGEN IST AUFGESTELLT WORDEN VON DEN STUDENTISCHEN VERTRETERN IM VORSTAND DES STUDENTENWERKES UND DEM ASTA DER THD! DIE ERGEBNISSE DES FRAGEBOGENS WERDEN NACH DESSEN AUSWERTUNG SELBSTVERSTÄNDLICH IN DIE STUDENTISCHE ÖFFENTLICHKEIT GETRAGEN WERDEN!

Endlich eine Alternative wir fragen - Sie antworten

- 1**
1. Lebensalter
 2. Semesterzahl
 3. Fachbereich
 4. Herkunftsland
 Deutschland (1) Bundesland
 außereurop. Länder (2)
 unterentwickelte Länder
 bzw. Länder der 3. Welt (3)
 5. Geschlecht
 männlich (1), weiblich (2)
 6. Familienstand
 Ledig (1), verheiratet (2), verwitwet(3) geschieden (4)
 7. Ist Ihr Ehepartner bzw. Ihr Freund oder Ihre Freundin berufstätig?
 ja(1) nein (2)
 8. Falls berufstätig:
Ist Ihr Ehepartner, bzw. Ihr Freund oder Ihre Freundin voll erwerbsfähig (3)
 / nicht voll erwerbsfähig (4)
 9. Ist Ihr Ehepartner, bzw. Ihr Freund oder Ihre Freundin berufstätig mit akad. Ausbildung (5)
 / ohne akad. Ausbildung (6)
 10. Falls nicht berufstätig (2):
Ist Ihr Ehepartner, bzw. Ihr Freund oder Ihre Freundin Student (7)/
 in sonstiger Ausbildung (8)
 nichts davon (9)
 11. Anzahl der Kinder
 - 11a. Wo sind Ihre Kinder tagsüber?
 zuhause (1), bei Bekannten oder Eltern (2),
 in einem städtischen oder staatlichen Kinderhort
 oder Kindergarten (3), in einem sogen. Kinderla-
 den oder Kinderwerkstatt (4)
 - 11b. Sind Sie mit der jetzigen Situation zufrieden? ja(1)/ nein(2)
 12. Aufgrund welcher Voraussetzung wurden Sie zum Studium zugelassen?
 Abitur(1) / Zweiter Bildungsweg (z.B. Abschluszeugnis einer
 Fachhochschule, Hessenkolleg etc.) (2), andere (3)
 13. Wo wohnen Sie zur Zeit (des SS 72)?
 Zur Zeit noch keine Wohnung /Zimmer (1)
 am Hochschulort
 in einem Wohnheim des StuWe (2 1)
 in einem Einzelzimmer als Untermieter (2 2)
 in einer Wohnung als Hauptmieter (2 3)
 in einer Wohngemeinschaft (2 4)
 bei den Eltern (2 5)
 in einem Vorort
 in einem Einzelzimmer als Untermieter (3 2)
 in einer Wohnung als Hauptmieter (3 3)
 in einer Wohngemeinschaft (3 4)
 bei den Eltern (3 5)
 außerhalb des Hochschulortes
 in einer Wohnung als Hauptmieter (4 3)
 in einer Wohngemeinschaft (4 4)
 bei den Eltern (4 5)
 14. Wie legen Sie meistens den Weg zur HS zurück?
 zu Fuß (1)/Fahrrad (2)/ Moped, Motorroller u.a.(3)
 Auto (4)/Straßenbahn od. Omnibus (5)/ Eisenbahn (6)
 15. Wieviel Zeit benötigen Sie normalerweise für den Weg zur HS?
 bis 10 Min. (1)/ bis 20 Min. (2)/ bis 30 Min. (3)/ bis 45 Min.(4)/
 bis 60 Min. (5)/länger als 60 Min. (7)
 16. An wieviel Tagen besuchen Sie (wöchentlich)
 die Hochschule,
 die Mensa mittags,
 " " abends,
 in der Vorlesungs- in der Vorlesungs-
 zeit freien Zeit



„Eine kluge Geburtenregelung täte schon not! - Es gibt zu viele Menschen, die Abfälle auf die Straße werfen, andererseits zu wenige, die sie aufheben!“



- 2**
17. Wodurch finanzieren Sie Ihr Studium in diesem Semester?
 (Bitte %-Zahlen angeben)
 Zuwendungen von Eltern und Verwandten
 Bundesausbildungsförderung
 Stipendien einer Stiftung
 Beihilfe (z.B. nach BVG)
 Rente
 Darlehen
 Werkarbeit
 eignes Vermögen
 Zuwendungen des Ehepartners
 18. Wieviel Geld haben Sie monatlich zur Verfügung?
 (geben Sie bitte den DM-Betrag an)
 19. Wieviel Miete zahlen Sie monatlich einschließl. Nebenkosten?
 keine (1)/ bis 70,--(2)/ über 70 bis 100 (3)/
 über 100 bis 120 (4)/ über 120 bis 150 (5)/
 über 150 bis 200 (6)/ über 200 bis 250(7) /
 über 250 bis 300 (8)/ über 300,-- (9)
 20. Wenn Sie die Ihnen zur Verfügung stehenden Mittel betrachten, halten Sie Ihre Ausgaben für die Miete Miete für
 zu hoch (1)/ gerade richtig (2)/ zu niedrig (3)
 21. Wieviel Zeit haben Sie dazu gebraucht, um Ihre jetzige Unterkunft zu bekommen?
 keine (1)/ 14 Tage (2)/ 1 Monat (3)/ 2 Monate (4)/
 3 Monate (5)/ 1/2 Jahr (6)/ 1 Jahr (7)/ 1 1/2 Jahre (8)/
 2 Jahre (9)/ 2 1/2 Jahre (10)/ 3 Jahre (11)/ mehr als 3 Jahre (12)
 22. Wie haben Sie Ihre Unterkunft gefunden?
 durch Makler (1)
 durch eigenes Inserat (2)
 durch Inserat des Vermieters (3)
 durch Vermittlung des StuWe's (4)
 durch Kommilitonen, Bekannte (5)
 durch sonstiges (6)
 23. Wie beurteilen Sie Ihre Unterkunft?
 - ich bin zufrieden (1)
 - ich bin nicht zufrieden (2), da
 zu hoher Preis (21)
 bauliche Mängel (Hellhörigkeit, schlechte Lichtver-
 hältnisse) (22)
 ungenügende Größe (23)
 schlechte sanitäre Anlagen (24)
 Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit (25)
 schlechte Wohnlage (26)
 zu große Entfernung zur Hochschule (27)
 zu " " zur Innenstadt (28)
 zu wenig Möglichkeit zu sozialen Kontakten (29)
 - sonstige Gründe
 - ich bin zwar nicht zufrieden, finde mich aber damit ab,(3)
 24. Mit welcher Bevölkerungsgruppe würden Sie Ihre Wohnsituation vergleichen?
 Angestell-te (1)
 Obdachlose (2)
 Beamte (3)
 Gastarbeiter (4)
 Unternehmer (5)
 Heimzöglinge (6)
 Arbeiter (7)
 25. Welche Wohnart würden Sie bevorzugen?
 Wohnen bei den Eltern? (1)
 nicht separat gelegenes Privatzimmer (2)
 separat gelegenes Privatzimmer (3)
 Privatwohnung (4)
 Appartement (5)
 Zimmer in einem Wohnheim des StuWe (6)
 Zimmer in einem privaten oder kirchlichen Wohnheim (7)
 Wohnung in einem Wohnheim für Studentenehepaare (8)
 Wohngemeinschaft in einer Wohnung auf dem
 "freien" Wohnungsmarkt (9)
 Wohngemeinschaft in einem Wohnheim, wo Gruppen-
 wohnen möglich ist (10)
 26. Stehen Sie auf einer Warteliste für ein Wohnheim des Studentenwerkes?
 ja (1) nein (2)
 27. Haben Sie die 2 Flugblätter zur Frage der Mietdauerbegrenzung gelesen?
 ja (1) nein (2)

Was würden Sie tun, wenn Sie nicht arbeiten müßten?



Bitte, denken Sie fünf Minuten lang nach

28. Wie schätzen Sie die Sozialpolitik des Staates ein ?

- Es ist alles gut, so wie es ist (1)
- es müßten lediglich mehr Geldmittel eingesetzt werden (2)
- es müßte lediglich eine bessere Umverteilung der zur Verfügung stehenden Mittel vorgenommen werden (3)
- es fehlt die gesetzliche Grundlage für eine bessere Sozialpolitik (4)
- solange diese gesellschaftlichen Verhältnisse bestehen, kann Sozialpolitik - als deren Ausdruck - nicht besser sein (5)



29. Sind Sie der Meinung, daß man als Student eine besondere gesellschaftliche Stellung hat?

- nein, man befindet sich in der selben Rolle, wie jeder der sich in einer Ausbildung befindet (1)
- ja, aber ich betrachte es als Durchgangsstadium zum beruflichen und damit gesellschaftlichen Aufstieg (2)
- ja, als Student hat man größere Freiräume. Später beginnt der Ernst des Lebens (3)
- ja, als Student hat man eher die Möglichkeit sich umfassender zu informieren (4)



30. Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen Studien- und Wohnsituation?

- Ich sehe zwar einen Zusammenhang, glaube aber nicht, daß meine Wohnsituation einen wesentlichen Einfluß auf mein Studium hat (1)
- ja, denn je besser mein Wohnproblem gelöst war, desto besser konnte ich Studienprobleme angehen (2)
- ja, aber ich glaube nicht, daß jemals beides zufriedenstellend gelöst werden kann (3)
- nein, es sind zwei verschiedene Probleme (4)



31. Fühlen Sie sich in Ihrer, bzw. durch Ihre Wohnsituation eingeschränkt oder unterdrückt ?

- nein (1)
- ja (2) weil



32. Sind Sie der Meinung, daß das Wohnproblem ein speziell studentisches Problem ist?

- ich habe wichtigere Probleme (1)
- ja, weil Studenten eben zu wenig Geld haben, um sich eine Wohnung zu leisten (2)
- nein, es betrifft auch andere Bevölkerungsschichten (3)

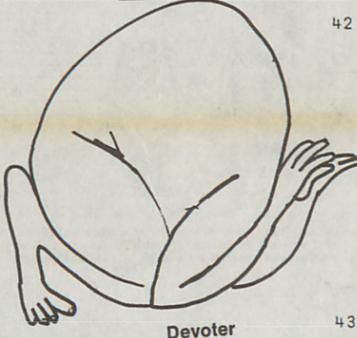
33. Was meinen Sie, wie man die Wohnungsproblematik der Studenten lösen könnte ?

- durch höhere Stipendien (1)
- " " Zuwendungen von den Eltern (2)
- " Erstellen von mehr Wohnheimplätzen (3)
- " Eingliederung des Wohnbedarfs für Studenten in den sozialen Wohnungsbau (damit Subvention der Mieten) (4)
- das Problem läßt sich nicht lösen (5)



34. Was glauben Sie, wie die Betroffenen, d.h. die Studenten, das Wohnungsproblem der Studenten angehen können?

- alles so lassen; diejenigen, die keine Wohnung haben, sollen woanders hingehen (1)
- der AstA soll Forderungen stellen (2)
- Unterschriftensammlung zu Resolutionen (3)
- Stopp des Hochschulausbaus (4)
- Studenten allein können nichts ausrichten (5)
- gemeinsames Vorgehen mit den gleichermaßen Betroffenen der Bevölkerung (6)



35. Halten Sie in der jetzigen Situation eine Mietdauerbegrenzung in den Wohnheimen für richtig?

- ja, alle Studenten sollen von der Wohnmisere gleichermaßen betroffen sein (1)
- ja, vielleicht komme ich dann schneller ins Wohnheim (2)
- ja, aber die Mietdauerbegrenzung muß so angelegt sein, daß nicht nur eine größere Betroffenheit hergestellt wird, sondern es muß sich daraus eine solidarische Vorgehensweise gegen die Wohnmisere ableiten lassen. (3)
- nein, wer einmal drinnen wohnt, sollte auch bis zum Studienabschluß drinnen wohnen bleiben können (4)
- nein, denn die Wohnsituation ändert sich dadurch nicht (5)

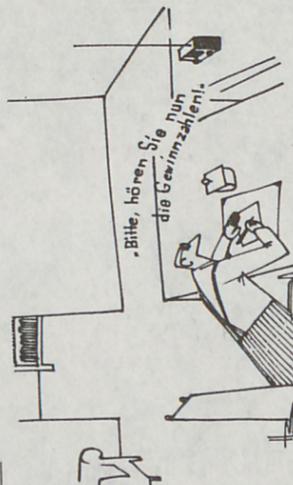


36. Wie werten Sie die Tatsache, daß 60% der Wohnheimbewohner bereits 3 1/2 bis 4 Jahre und länger in den Wohnheimen wohnen?

- weiß nicht (1)
- die haben halt Glück gehabt (2)
- man kann es Ihnen zum Vorwurf machen (3)
- daß sollte geändert werden (4)

37. Wie stehen Sie zu der Tatsache, daß 90% der Studenten durch Ihren Sozialbeitrag mithelfen, die Defizite der Wohnheime abzudecken (30 DM pro Monat und Bettplatz) ?

- es ist nicht einzusehen, daß wir für etwas bezahlen ohne eine Gegenleistung zu erhalten (1)
- Das Land muß die Defizite bezahlen (2)
- die Wohnheimbewohner sollen gefälligst kostendeckende Miete bezahlen (3)
- eine kostendeckende Miete (d.h. ungef. DM 140,- pro Monat) in den Wohnheimen ist für Studenten nicht zumutbar (4)



38. Welche Lösung würden Sie für die Beste halten?

- nur Erstsemester, weil Ihnen geholfen werden muß, sich in der neuen Umgebung zurechtzufinden (1)
- 50% Erstsemester / 50% über Warteliste, weil dadurch eine vielseitigere Kommunikation möglich ist (2)
- 100% über Warteliste (d.h. ältere Semester), weil nicht einzusehen ist, daß Erstsemester bevorzugt behandelt werden sollen (3)
- andere

39. Wie lange sollte man in einem Wohnheim wohnen können ?

- 1 Semester, damit jeder einmal während des Studiums in den Genuß eines Wohnheimplatzes kommt (1)
- 2 Semester, damit - falls nur Erstsemester in Wohnheimen einziehen - sie sich in Ruhe ein Zimmer auf dem privaten Wohnungsmarkt suchen können (2)
- drei Semester, weil alle sagen, daß "Aller guten Dinge 3 sind" (3)
- vier Semester, gemäß dem Vorschlag der Geschäftsführung (4)
- fünf Semester, weil das ausreicht um Kommunikation herzustellen und um dann das Wohnungsproblem in Gruppen angehen zu können (5)
- sechs Semester, weil es in der Regel ausreicht, entweder die Zeit bis zum Vordiplom oder die Zeit nach dem Vordiplom bis zum Ende des Studiums abzudecken. Zwar das Existenzproblem Wohnen für eine beträchtlichen Zeitraum gelöst ist, man aber nicht für die ganze Dauer seines Studiums davon verschont bleibt und sich daher Kollektiv etwas überlegen muß (6)
- sieben Semester (7), 8 Semester (8), 9 Semester (9)
- unbegrenzt, d.h. wie bisher, weil nicht das Alles nichts angeht (10)

40. Halten Sie neue Wohnformen, wie Wohnen in Wohngemeinschaften, insbesondere während der Studienzeit - für notwendig?

- ja, weil es eine gute Möglichkeit ist kollektiv Probleme anzugehen (1)
- ja, weil dadurch die Unkosten für Miete und Lebensunterhalt sinken (2)
- ja, weil Beides zutrifft (3)
- nein, weil man dadurch von seinem Studium abgelenkt wird (4)
- nein, weil man seine Probleme am besten alleine löst (5)
- nein, es bringt nur zusätzliche Probleme (6)

41. Wissen Sie, daß im Wintersemester 71/72 Studenten 2 städtische Häuser besetzt haben?

- ja (1) nein (2)

42. Wie beurteilen Sie angesichts der Wohnungsnot ein solches Vorgehen?

- weiß nicht (1)
- als demonstrativen Akt, um auf die Wohnungsmisere aufmerksam zu machen halte ich es für richtig (2)
- so groß ist die Wohnungsnot nicht, daß man Häuser besetzen müßte (3)
- ich würde zwar selbst keine Hausbesetzung mitmachen, aber soweit es möglich ist, Unterstützung leisten (4)
- ich würde an einer Hausbesetzung aktiv mitmachen (5)

43. Sind Sie der Meinung, daß man sich gegen Vermieterwillkür (wie z.B. Rauchverbot, Kochverbot, Besuchsverbot, Besuchszeitbeschränkung etc.) sowie Mieterhöhungen bzw. Mietwucher wehren sollte?

- weiß nicht (1)
- ja, ich bin alt genug; ich brauche mich nicht mehr bevorzugen zu lassen (2)
- nein, das ist ganz gut so. Wo kämen wir hin, wenn jeder machen könnte, was er wollte (3)

44. Haben Sie schon von Mieterstreiks gehört?

- in Wohnheimen ja(1) nein(2)
- im privaten Wohnsektor ja(1) nein(2)

45. Halten Sie Maßnahmen, wie Mietverweigerung oder Nichtbefolgen von Kündigungen für gerechtfertigt?

- weiß nicht (1)
- ja, (2)
- nein, (3)
- es kommt darauf an (4)

46. In den Wohnheimen sind ja bereits Mietverweigerungscampagnen und ähnlich solidarische Aktionen gelaufen.

- 90% der TH- Studenten wohnen aber auf dem sog. freien Wohnungsmarkt. Was glauben Sie, wie man in diesem Bereich als Student Mietverweigerungen und ähnliches machen könnte?
- weiß nicht (1)
- das geht nicht (2)
- das sollte man nicht tun (3)
- ich würde mein Zimmer oder meine Wohnung durch solche Aktionen nicht aufs Spiel setzen (4)
- das müßte man schon mit anderen betroffenen Bevölkerungsgruppen machen (5)

Kommen Ihre Kollegen schneller vorwärts als Sie?

Nach dem Vorschlag der Geschäftsführung des StuWe soll die Wohndauerbeschränkung 4 Semester, d.h. 2 Jahre betragen.

Vorgeschlagen wird außerdem, daß von den 800 Wohnheimplätzen jeweils nur noch 50% über Warteliste bezogen werden, während die restlichen 50% der Plätze per Losverfahren an Erstsemester vergeben werden.

FALLS IN IHREM FACHBEREICH KEINE STUPA - WAHL STATTFINDET, DAS BETRIFFT DIE FB 4, 7, 10, 12, 17, 18, ODER SIE NICHT WÄHLEN KÖNNEN SIE DEN FRAGEBOGEN UNTER VORLAGE IHRER (GRÜNEN) WAHLKARTE IM ASTA BIS ZUM 31. MAI ABGEBEN !!!



1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34 35 36 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46